

tacheles



12

18. Jahrgang
Dezember 2016

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

EINKOMMENSRUNDE LÄNDER

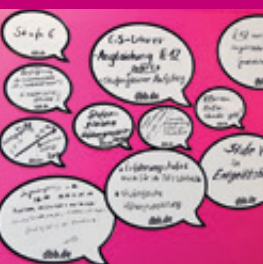
Öffentlicher Dienst



Forderungsbeschluss

Seite 3

Nachholbedarf bei Geld und Struktur



Seite 10

dbb Branchentage
Mitglieder debattieren
Forderungen



Seite 12

Ratgeber
Personalvertretungsrecht

Inhalt

Editorial 2

Einkommensrunde 2017 3

Tarifthemen 4

Tarifpflege Bund und Kommunen

Flughafenfeuerwehren

Luftsicherheit Hessen,
Rheinland-Pfalz, Saarland

Sozial- und Erziehungsdienst

Luftsicherheit Berlin, Brandenburg

Stadt Naunhof

Buchvorstellungen 7

Einkommensrunde 2017 10

Ratgeber 12

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:
15. Dezember 2016



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz

Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt

Bildnachweis: Titel: Marco Urban, Friedhelm Windmüller, bluedesign (Fotolia), S.2: dbb, S.3: dbb, S.5: dbb, S.6: dbb, S.8-9: dbb, S.10-11: Friedhelm Windmüller, S.12: bluedesign (Fotolia), S.15: fotomek (Fotolia), S.16: dbb

Telefon: 030.4081-5400, **Fax:** 030.4081-4399

E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de

Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.726 1917-0

Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen

Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis, Telefon: 02102.74023-714, Fax: 02102.74023-99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles · 12 · Dezember 2016

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Zwischen der Niederschrift dieser Zeilen und dem Erscheinen dieses Hefts wird unsere Forderungsfindung für die anstehende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) liegen. Um die Forderungen noch ins Heft zu bekommen, haben wir den Redaktionsschluss ein klein wenig nach hinten geschoben. Hätten wir bei den Tarifverhandlungen für die Stadt Naunhof (regelmäßige Leserinnen und Leser unseres Hefts wissen, wovon ich schreibe) auf einen Abschluss – oder auch nur einen Fortschritt – gewartet, wäre ewig kein Heft erschienen. Aber jetzt, nach vielen überzeugenden und auch humorvollen Aktionen, haben wir es nahezu geschafft und für die Kolleginnen und Kollegen in

Naunhof ist der tarifpolitische Ausnahmezustand, bei dem sie vom Wohlwollen des Stadtrats abhängen, beendet. Die Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen wird dann erstmals auch wieder eine Einkommensrunde für die Beschäftigten der Stadt Naunhof sein. Das ist ein konkreter Erfolg für die Kolleginnen und Kollegen dort und ein schöner gewerkschaftspolitischer Erfolg für uns alle, die wir die Idee des Flächentarifs nicht als bloße Monstranz vor uns hertragen, sondern als Leitbild unseres Handelns ansehen.

Bei der anstehenden Länderrunde verhandeln wir immerhin für 15 der 16 Bundesländer mit der TdL. Wer sich zehn Jahre zurückerinnert, der wird zugeben müssen, dass 15 von 16 eine gute Quote ist und die TdL sich als deutlich stabiler erwiesen hat, als viele Kritiker ihr damals prophezeit haben. Ich wage die Prognose, dass die Hochzeit des Bezahlungsföderalismus ohnehin überschritten ist. Der Bedarf an Fachpersonal steigt unaufhörlich, eine Planung durch die Länder, zum Beispiel zur Rekrutierung des Lehrkräftenachwuchses ist nicht erkennbar. Knappheit erhöht den Preis! Das ist für die Beschäftigten nicht das Schlechteste, aber ich bin sicher, dass auch die Länder merken werden, dass ihre Gestaltungsfreiheit hier recht schnell nur noch eine vermeintliche Gestaltungsfreiheit ist, wenn sie stets nach links und nach rechts schauen müssen, ob sie mit den Angeboten der Nachbarländer überhaupt noch mithalten können. Aktuell jedoch steht eine Einkommensrunde mit der TdL und mit Hessen an, bei der wir nichts geschenkt bekommen werden. In Potsdam müssen wir damit rechnen, dass die Länder Ausgaben in einer Einkommensrunde nicht als Investition, sondern als zu minimierenden Kostenfaktor betrachten. Wer etwas gegen diese Sichtweise hat, sollte dann, wenn wir zu Aktionen aufrufen, nicht lange zögern, sondern mitmachen.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ

Forderungsbeschluss

Nachholbedarf bei Geld und Struktur



Bundestarifkommission des dbb

Die Arbeitnehmer der Länder, die Landesbeamten und die Kommunalbeamten haben auch in den zurückliegenden Jahren mehr Aufgaben unter noch mehr Druck zu erledigen gehabt. Gerade in den ökonomisch und gesellschaftlich schwierigen Jahren, die hinter und vor uns liegen, ist der öffentliche Dienst der Stabilitätsfaktor in unserer Gesellschaft. Mehr Aufgaben wird es auch in den nächsten Jahren für den öffentlichen Dienst geben. Mehr Arbeitsverdichtung werden die Beschäftigten auch in Zukunft zu spüren bekommen. Mehr Konkurrenz um qualifizierten und motivierten Nachwuchs wird es mit jedem neuen Ausbildungsjahr geben. Dieses Mehr an Herausforderung ist nicht ohne ein Mehr an Perspektive, an Struktur und an Klarheit zu bewältigen. Dem tragen unsere Forderungen Rechnung.

Mehr Geld

Unsere Forderung nach 6 Prozent mehr Einkommen ist folgerichtig, wenn man bedenkt, dass die Anforderungen an die Landesbeschäftigten zwischen Kiel und München regelmäßig steigen. Außerdem gibt es inzwischen einen erheblichen Nachholbedarf von bis zu vier Prozent zwischen den Einkommen von Bundes- / Kommunalbeschäftigten und den vergleichbaren Beschäftigten in den Ländern. Hinzu kommt, dass die Inflationsrate mittlerweile wieder ansteigt. Das Statistische Bundesamt spricht von einem „Zwei-Jahres-Hoch“. Auch deshalb ist unsere Forderung nach einer sozialen Komponente angebracht.

Und natürlich erwarten wir von den Landesregierungen, dass sie den linearen Teil des Tarifabschlusses zeit- und wirkungs-

gleich auf die Landes- und Kommunalbeamten übertragen. Die einkommenspolitische Geiselnahme der Beamten, um Löcher in den Haushalten zu stopfen, schadet dem Ruf des öffentlichen Dienstes, rettet eine verfehlte Finanzpolitik auch nicht mehr und ist gegenüber den Betroffenen einfach nur schäbig.

Mehr Struktur

Mit der 2015 erstmals auf tarifvertragliche Basis gestellten Entgeltordnung für Lehrkräfte wurde ein großer Schritt getan. Doch es muss weitergehen. Die Wertigkeit dieser Entgeltordnung muss weiter verbessert werden. Die Probleme fast aller Bundesländer bei der Nachwuchsgewinnung belegen das nachdrücklich. Aber auch für den übrigen Landesdienst sind die aktuellen Eingruppierungsregelungen stark renovierungsbedürftig. Es ist nicht einzusehen, dass die Entgeltordnung im Bereich der TdL deutlich hinter der Qualität der Bundes- und der kommunalen Regelungen hinterherhinkt. Auch hier gibt es Nachholbedarf!

Mehr Klarheit

Die Begriffe Perspektive und öffentlicher Dienst dürfen für junge Menschen nicht länger ein Gegensatzpaar bilden. Deshalb ist die verlässliche Übernahme für Azubis alternativlos. Dass ein „Just-in-time-öffentlicher-Dienst“ nicht funktioniert, haben die letzten Jahre bewiesen, als die Politik in heller Aufregung mal Polizisten suchte, dann wieder Lehrer und dann wieder Ingenieure. Wir brauchen einen nachhaltigen öffentlichen Dienst – und dazu brauchen wir Klarheit und Perspektive



auch im Tarifrecht. Unter das Stichwort fallen auch unsere Forderungen nach der Einführung der Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9 sowie die stufengleiche Höhergruppierung. Mit beiden Instrumenten erhöht der öffentliche Dienst seine Attraktivität nachhaltig – heute und in Zukunft.

Und Hessen?

Auch in Hessen wird Sicherheit großgeschrieben, wollen Straßen gut gepflegt sein, sieht die Landesregierung in Wiesbaden Bildung als zentrales Thema an. Und schließlich lassen sich auch zwischen Kassel und Darmstadt immer schwerer Azubis finden, die sich den schwierigen Aufgaben im öffentlichen Dienst stellen wollen. Deshalb gilt unsere Forderung für die Einkommensrunde 2017 selbstverständlich auch in Hessen. ■

Der dbb fordert:

- Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 6 Prozent, darin enthalten:
 - ein Mindestbetrag als soziale Komponente
 - Einführung einer Stufe 6 ab EG 9
- Stufengleiche Höhergruppierung
- Auszubildende:
 - Erhöhung der Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und Pflege) um 90 Euro
 - Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage
 - Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber
 - Übernahme aller Auszubildenden
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte
- Weiterentwicklung der allgemeinen Entgeltordnung im Bereich der TdL
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Angleichung der Bezahlung im SuE-Bereich an die Kommunen
- Anhebung der Vollzugs- und Feuerwehrzulage auf die Höhe der beamtenrechtlichen Zulage
- Laufzeit 12 Monate